

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

03.08.2021

Inhalt

EWN

1 Endlager für Atommüll gesucht: Diskussion tangiert Helmstedt <i>Braunschweiger-Zeitung.de, 02.08.2021</i>	3
2 Grüne Hausaufgaben für Unternehmer <i>manager magazin +, 08.06.2021</i>	4

 Braunschweiger-Zeitung.de | 02.08.2021 WEBLINK

Endlager für Atommüll gesucht: Diskussion tangiert Helmstedt

Helmstedt. Die Fachkonferenz Teilgebiete ist eine Plattform, auf der die Bundesgesellschaft für Endlagerung ihren Zwischenbericht zur Diskussion stellt.

Am kommenden Wochenende findet der dritte und letzte Beratungstermin der Fachkonferenz Teilgebiete statt, zu der man sich als Online-Teilnehmender anmelden kann. Bürgerinnen und Bürger, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen wie die BI Morsleben, betroffene Kommunen sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nehmen daran teil und erörtern den Zwischenbericht zum Thema „Teilgebiete“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE

Um diese Frage geht es: Wo kann **Atommüll** langfristig sicher deponiert werden? Der Bericht gibt der Öffentlichkeit erstmals einen Einblick in den Stand der Arbeiten des Unternehmens zur Endlagersuche.

Mehrere Flächen im Visier

Für den Kreis Helmstedt werden darin fünf Teilgebiete, davon zwei im Gebiet der Stadt Helmstedt als potentielle Standortgebiete für ein zukünftiges Endlager für

hoch **radioaktiven Atommüll** genannt. Die Konferenz wird in Trägerschaft des Bundesamtes für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** anberaumt, organisiert sich aber laut Standortauswahlgesetz selbst.

Bürgerinitiative stark eingebunden

Zur organisatorischen und inhaltlichen Planung wurde eine 12-köpfige **AG**-Vorbereitung eingerichtet, der der Helmstedter Andreas Fox von der Bürgerinitiative Morsleben von Anfang an als Sprecher angehört. Diese aufwendige Arbeit wird unterstützt durch eine beim **BASE** angesiedelte Geschäftsstelle und verschiedene Dienstleister. Aktuell sind über 800 Anmeldungen zur Konferenz eingegangen.

Eine Anmeldung für die Digital-Konferenz ist jederzeit möglich, und zwar unter folgendem Link: www.fachkonferenz-anmeldung.de

manager magazin  manager magazin + | 08.06.2021 Klaus Schweinsberg WEBLINK**VOR DER BUNDESTAGSWAHL****Grüne Hausaufgaben für Unternehmer**

Viele Mittelständler versäumen es, sich auf die neue Kraft in der nächsten Bundesregierung einzurichten. Das ist riskant – denn die Zeit bis zur Bundestagswahl ist kurz, und es gibt sehr konkrete Ansatzpunkte.

Der Ausgang der Bundestagswahl ist offen. Aber das Ergebnis steht bereits fest. Es werden die Grünen sein, die in den nächsten Jahren bestimmen, wo es in Deutschland langgeht. Ganz egal, in welcher Koalition. Für Unternehmerfamilien eröffnet das drei Handlungsoptionen.

Erstens: Sie resignieren und arbeiten an Plänen für eine Standortverlagerung ins Ausland; vor allem jene, die Grün-Rot-Rot fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Zweitens: Sie hoffen. Nämlich darauf, dass – je nach Koalition – entweder die Union oder die FDP schon für die Interessen der Wirtschaft kämpfen wird und so das Schlimmste verhindert.

Zu wünschen wäre aber, drittens, dass die Chefs schlicht die Realität akzeptieren. Vieles von dem, was die Grünen in ihrem "Programmwurf zur Bundestagswahl 2021" niedergeschrieben haben, wird auch so kommen. "Alles ist drin", so ist das Werk überschrieben. Der Mittelstand kann das als Drohung empfinden. Oder als Aufforderung, sich intensiv mit bestimmten Themen zu befassen – von A wie Arbeitnehmerrechte bis Z wie Zero Waste.

Arbeitnehmerrechte: Unter der künftigen Regierung wird es eher mehr denn weniger Arbeitnehmerrechte geben. Ansprüche auf Teilzeit und Homeoffice werden ausgebaut; Leiharbeit wird erschwert werden. Mittelständler müssen jetzt Konzepte entwickeln, um das ohne Effizienzeinbußen zu ermöglichen.

Bürokratie: Die Grünen kündigen an, dass Genehmigungsprozesse durch Klimaverträglichkeitsprüfungen und eine CO₂-Bremsen systematisch überprüft werden. Auch sonst ist absehbar, dass es eher mehr Bürokratie geben wird. Mittelständler sollten deshalb absehbare Planungs- und Genehmigungsverfahren vorziehen beziehungsweise für Projekte ab 2022 mehr Zeit und

Geld einplanen.

Energiepreise: Die ohnehin hohen Energiepreise in Deutschland werden weiter steigen. Jedes Unternehmen, besonders jene in energieintensiven Bereichen, sollte jetzt weitere Energieeinsparmöglichkeiten prüfen. Für den Fall, dass bestimmte Prozesse in Deutschland wirtschaftlich nicht mehr darstellbar sind, braucht es Alternativstandorte im Ausland.

Erbschaft- und Vermögensteuer: Auch wenn der Mittelstand notorisch klagt, muss man konzedieren: Im internationalen Vergleich ist die Erbschaftsteuer in Deutschland moderat. Das wird sich ändern. Vor allem wenn eine Vermögensteuer, die von Grünen und SPD propagiert wird, nicht durchsetzbar ist. Familienunternehmen sollten rasch prüfen, ob im Rahmen einer vorgezogenen Erbfolge oder von Schenkungen zeitnah Vermögen übertragen werden kann.

Immobilienmarkt: Die Grünen stehen klar aufseiten der Mieter. Und scheuen sich nicht, massiv in die Marktmechanismen einzugreifen. Viele Unternehmerfamilien sind umfänglich in Immobilien investiert. Sie sollten ihr Portfolio anschauen. Preise für Gewerbeimmobilien sind schon unter Druck. Bei Mietobjekten kann das ebenso kommen. Womöglich lohnen sich eher ausländische statt inländische Immobilien.

Körperschaftsteuer: Deutschland liegt bei den Unternehmensteuern deutlich über den meisten Industriestaaten. Im Wahlprogramm deuten die Grünen trotzdem an, für Erhöhungen aufgeschlossen zu sein. Das wird umso leichter, je stärker in Staaten wie den USA die Steuern steigen.

Zero Waste: Es ist klar, dass jegliche wirtschaftliche Tätigkeit künftig auf Nachhaltigkeitsaspekte abgeklopft wird. Nicht nur Schadstoffausstoß, sondern

auch Abfallmenge, Lärmemissionen, Flächen- und Wasserverbrauch. Wer nicht erleben will, dass durch allerlei Auf- und Zulagen die Kosten explodieren, sollte schleunigst durchleuchten, wo in der Wertschöpfungskette ökologische Verbesserungen möglich sind.

Es ist gut, dass die Grünen ihr Wahlprogramm so

früh vorgelegt haben. So wird es zum Arbeitsprogramm für den Mittelstand. Für die Eignerfamilien ist weniger relevant, was bis zur Bundestagswahl politisch noch passiert. Entscheidend ist, was bis dahin in den Unternehmen geschieht. Wer sich jetzt nicht fit macht für grüne Zeiten, wird zum Auslaufmodell.